



Presseschau vom 11.02.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Roskosmos-Direktor eingeladen – Nasa-Chef fliegt stattdessen nach Russland**

Nach der Ausladung von Roskosmos-Direktor Dmitri Rogosin will Nasa-Chef Jim Bridenstine selber nach Russland fliegen, um die Gespräche fortzusetzen. Nach dem Ende des amerikanischen Space-Shuttle-Programms sind russische Trägerraketen für die US-Raumfahrtbehörde die einzige Möglichkeit, ihre Astronauten ins All und zurück auf die Erde zu bringen.

Nasa-Chef Jim Bridenstine werde zu Verhandlungen mit Dmitri Rogosin nach Russland kommen, teilte Roskosmos-Chef Wladimir Ustimenko am Sonntag im Sputnik-Gespräch mit. Der russische Weltraum-Chef habe seinen US-Amtskollegen persönlich eingeladen, die US-Seite habe die Absicht, zu kommen. Der genaue Termin sei jedoch noch nicht vereinbart worden.

Rogosin hätte im Februar die USA besuchen sollen. Doch im Januar zog Nasa-Chef Bridenstine seine Einladung zurück. Die Entscheidung begründete er mit politischem Druck aus dem US-Senat. Die Senatoren hatten kritisiert, dass ein Besuch Rogosins den Sicherheitsinteressen der USA schaden könnte.

Nach dem Grund für seine Ausladung befragt, sagte Rogosin am heutigen Sonntag im russischen Fernsehen, er glaube nicht, dass er in den Vereinigten Staaten wirklich als Bedrohung angesehen werde. „Es mag eher am Obskurantismus gelegen haben, der gegenüber Russland und seinen Vertretern betrieben wird.“

Auch Nasa-Vertreter, mit denen er gesprochen habe, hätten sich enttäuscht über seine Ausladung gezeigt, sagte Rogosin weiter. Er selbst glaube, dass die Kooperation mit der Nasa,

der europäischen Raumfahrtorganisation ESA und den Weltraumbehörden anderer Staaten sehr wichtig sei: „Wenn es wirklich ernste Probleme geben würde, würde man einander helfen.“



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32390/72/323907275.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: Venezuela: Maduro ordnet größte Militärübung in der Landesgeschichte an

Auf Anordnung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro ist laut Medienberichten am Sonntagnachmittag die bisher umfangreichste zivil-militärische Übung „Angostura Zweihundertjahrfeier 2019“ gestartet, an der sowohl die Streitkräfte als auch die Volkswehr des Landes teilnehmen.

Das Manöver wird zwischen dem 10. und 15. Februar durchgeführt. Es soll „die größte und umfangreichste Militärübung von allen sein, die das Land in seiner 200-jährigen Geschichte durchgeführt hat“, stellte Maduro in seiner jüngsten Rede fest. Ihm zufolge soll Venezuela dabei die Erfahrungen vorangegangener Operationen berücksichtigen und Szenarien möglicher militärischer Bedrohungen bewerten.

Vor Beginn des Manövers sei der Präsident im Küstenstaat Miranda in der Nähe der venezolanischen Hauptstadt eingetroffen. Dort habe er sich mit der Militärtechnik, darunter Raketenwerfern aus russischer Produktion, bekanntgemacht, mit der die venezolanische Armee ausgerüstet ist.

Bei seinem am 10. Januar erfolgten Wiedereintritt ins Präsidentenamt hatte Maduro betont, er habe vor, während seiner zweiten Amtszeit (2019-2025) an der Stärkung der militärischen Macht Venezuelas zu arbeiten.

Das Manöver ist an den 200. Jahrestag des Angostura-Kongresses angeknüpft, der am 15. Februar des Jahres 1819 auf Initiative von Simón Bolívar, dem venezolanischen Unabhängigkeitskämpfer, in Angostura, der Hauptstadt der von der spanischen Herrschaft befreiten Provinzen Venezuelas, einberufen wurde. Auf dem Kongress wurde die Unabhängigkeit Venezuelas ausgerufen (zuvor war das in den Jahren 1811 und 1813 geschehen). Simón Bolívar wurde zum Interimspräsidenten und Oberbefehlshaber der Armee der Republik erklärt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32391/29/323912953.jpg>

de.sputniknews.com: **Gipfel „zweier russischer Agenten“: Ist ein Treffen mit Trump möglich? – Zeman klärt**

Der tschechische Präsident Miloš Zeman hat gegenüber dem Radiosender „Frekvence 1“ erklärt, dass sein Treffen mit dem amerikanischen Amtskollegen Donald Trump unwahrscheinlich ist, weil den beiden vorgeworfen wird, dass sie „russische Agenten“ sind. Im Dezember 2016 war mitgeteilt worden, dass der amerikanische Präsident Donald Trump seinen tschechischen Amtskollegen angerufen habe, um ihm für seine Unterstützung zu danken, die Zeman als „einziger europäischer Präsident“ im Vorfeld der US-Wahlen geleistet habe, und ihn ins Weiße Haus eingeladen habe. Dieses Treffen fand bislang aber nicht statt. „Der US-Botschafter (in Tschechien, Steve) King hat vor kurzem im Rahmen eines Treffens mit Studenten der Jura-Fakultät gesagt, dass dieses Treffen unwahrscheinlich ist“, so Zeman. Grund dafür sind die Vorwürfe, wonach Trump sowie Zeman „russische Agenten“ seien. In Bezug auf die Frage, warum man ihn für einen „russischen Agenten“ halte, erinnerte Zeman daran, er sei gegen die Auslieferung des in Tschechien festgenommenen russischen Bürgers Jewgeni Nikulin gewesen, dem Cyber-Angriffe vorgeworfen werden. Darüber hinaus betonte der tschechische Präsident, dass er das chinesische Unternehmen Huawei im Kampf der Computer-Firmen unterstütze. Ihm zufolge stehen die Amerikaner in dieser Konkurrenzschlacht auf der anderen Seite. Bezüglich der Perspektiven eines Treffens mit Trump sagte Zeman, dass er nichts davon wisse. Er betonte, dass Trump ihn einmal zu solch einem Treffen eingeladen, aber danach nur Schweigen geherrscht habe. Den letzten Kontakt zwischen den beiden Präsidenten hatte es Ende Oktober 2018 gegeben, als Trump eine Grußbotschaft zum 100. Jubiläum der Gründung der unabhängigen Tschechoslowakei schickte.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30179/44/301794468.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka** und **Losowoje**. Geschossen wurde mit Antipanzerraketenkomplexen und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Kapitän des festgesetzten russischen Schiffs „Nord“ auf die Krim zurückgekehrt**

Der seit März 2018 in der Ukraine festgehaltene Kapitän des russischen Fischkutters „Nord“, Wladimir Gorbenko, ist auf die Krim zurückgekehrt, teilte seine Mutter gegenüber Sputnik mit.

„Der Sohn ist zu Hause. Er kam noch am Samstag zurück. Er fühlt sich gut“, sagte die Frau. Ende Januar hatte der Chef des ukrainischen Anwaltsbüros, dessen Mitarbeiter die Interessen Gorbenkos und seiner Crew vertreten, mitgeteilt, dass der Kapitän des russischen Fischkutters „Nord“ mit Heimathafen auf der russischen Schwarzmeer-Halbinsel Krim vermisst wird. Am 4. Februar wurde er in der Ukraine zur Fahndung ausgeschrieben. Darüber hinaus wurde nach seinem Verschwinden ein Verfahren wegen vorsätzlichen Totschlags eingeleitet.

Am 25. März 2018 hatten die ukrainischen Grenzschutzbeamten im Asowschen Meer den russischen Fischkutter „Nord“ mit zehn Crewmitgliedern an Bord wegen angeblicher Verletzung der ukrainischen Grenze aufgebracht. Neun Seeleute konnten auf die Krim zurückkehren. Sieben von ihnen wurden gegen ukrainische Seeleute ausgetauscht, die an der Krim-Küste wegen Fischwilderei festgenommen worden waren.

Am 8. Oktober hatte die ukrainische Staatsanwaltschaft die Anklageschrift gegen den Kapitän des Schiffes „Nord“, Wladimir Gorbenko, an das Revisionsgericht in Kiew gerichtet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32374/31/323743110.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 10. Februar 3:00 Uhr bis 11. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 21.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Spartak, Jasinowataja, Leninskoje, Sachanka, Oktjabrj, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 264.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 270.

Ab 01:01 Uhr am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Trittbrett-Imperialismus - Grüne und Atomkonzern gegen Gazprom**

Uli Gellermann

Reden wir übers Geschäft: Über der Ostseepipeline Nord Stream 2 ballen sich schwere ideologische Wolken. Rund um den russischen Staatskonzern Gazprom und seine Mit-Investoren, die BASF Tochter Wintershall und deren Partner, hofft man einen guten Schnitt zu machen.

Die US-Fracking-Industrie, die zurzeit ein paar echte Absatz-Probleme hat, will natürlich auch Geld verdienen. Und, kaum getarnt durch den französischen Staat, ist da auch noch der französische Atomkonzern Areva, der das Unternehmen Gazprom zu Recht als echten

Konkurrenten auf dem europäischen Energiemarkt begreift. Und dann gibt es da noch, scheinbar am Rande, eine Gruppe griechischer Reeder unter Führung von Peter Livanos. Der Mann lebt in der Schweiz, sein Vater war trotz seines griechischen Namens US-Bürger und ein prima Freund des Papandreou-Klans. Reden wir über Milliarden, reden wir über legale Korruption, reden wir darüber, wie Kapitalinteressen die Regierungen steuern. Aber solch brutale Profitwahrheiten darf man natürlich der Bevölkerung nicht zumuten. Deshalb braucht das Kapital immer wieder neue Kleider. Den jüngsten Kostümball hat die französische Regierung inszeniert, als sie die EU-Bestimmungen für den Energie-Import so ändern wollte, dass Energie zumindest teurer geworden wäre. Lauthals argumentiert haben die Franzosen aber mit der „Abhängigkeit Europas von russischem Gas“. Im finnischen Dörfchen Eurajoki, nicht weit vom Bottnischen Meerbusen, baut der französische Konzern Areva das größte Atomkraftwerk Europas. Auf dem finnischen Markt treffen der russische Energie-Anbieter Gazprom und sein französischer Konkurrent Areva direkt aufeinander. Im afrikanischen Mali löst der Konzern Areva, der dort rund 5.000 Tonnen Uran abbauen will, Markt-Probleme mit Hilfe der französischen Armee und der Bundeswehr. Das ist deutlich unkomplizierter und billiger als der Unterhalt der vielen EU-Parlamentarier.

Vorne auf der Bühne wird das beliebte Stück über die Freiheit der Ukraine aufgeführt, durch deren Gebiet die bisherige Gaspipeline führt. Auch die Polen spielen angeblich eine Rolle, denn die können an Nord Stream 2 einfach nichts verdienen. Hinter dem Vorhang wird einfach nur Geld gezahlt. Immer, wenn ein Stück von Freiheit gespielt wird, melden sich die GRÜNEN: Reinhard Bütikofer, Chef der Europäischen Grünen, meinte jüngst: „Doch durch das verbohrt Festschalten an Nord Stream 2 hat Berlin europäische Zerrissenheit statt europäische Verständigung gefördert“. Bütikofer hat seine politische Karriere beim maoistischen Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) begonnen. Damals hat er sich als Agent Chinas begriffen und war deshalb ein Feind der Sowjetunion. Obwohl die Sowjetunion schon länger abgetreten ist, funktioniert der alte Feind-Reflex immer noch. Deshalb ist es Bütikofer auch völlig egal, dass er heute zum Agenten eines Atomkonzerns wird und ohne große Umwege die imperialistischen Interessen der französischen Regierung vertritt. Schließlich besorgt "Areva" der „Force de dissuasion nucléaire de la France“ den Stoff, der die Atomstreitmacht der französischen Streitkräfte am Leben erhält.

Ein anderer Mann mit Reflexen aus der Vergangenheit ist der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Norbert Röttgen (CDU). Auch der will einfach nicht wahrhaben, dass es die Sowjetunion nicht mehr gibt. Also behauptet er: „Die Politik der Bundesregierung in Sachen Nord Stream 2 ist seit Jahren einseitig, ohne Rücksicht auf die mehrheitliche Ablehnung in der EU und vor allem die Sicherheitsbedenken unserer osteuropäischen Nachbarn“. Aber Röttgen hat auch aktuelle Gründe für seine Feindschaft gegen Russland: Er ist Vorstandsmitglied der in Berlin ansässigen transatlantischen Denkfabrik Atlantik-Brücke. Diese Fabrik fabriziert eine unbedingte Freundschaft zu den USA. Und weil die Freunde aus den USA ein echtes Fracking-Absatz-Problem haben, kümmert sich die Atlantik-Brücke um Problemlösungen. So macht sich der GRÜNE zum Agenten der französischen Atomindustrie und der SCHWARZE zum Agenten der USA. So rückt die vom Obergrünen Winfried Kretschmann propagierte schwarz-grüne Koalition auf Bundesebene immer näher.

Auf der Felseninsel Revithoussa vor Piräus befindet sich ein Gasterminal für flüssiges Erdgas (LNG – liquified natural gas) aus den USA. Die Betreiber-Gesellschaft DEPA wurde 2005 „zur Liberalisierung des Erdgasmarktes“ gegründet. Und wo Liberalisierung drauf steht, ist Kapitalkonzentration drin: Eine ganze Garde von griechischen Schiffseignern wie Peter Livanos betreibt das Geschäft mit dem US-Fracking-Gas. Schließlich hat zum Beispiel Livanos seine Tanker an den amerikanischen Energiekonzern Cheniere vermietet. Da ist eine amerikanische Herkunft von Nutzen. Manchmal reicht auch eine Wahl-Verwandschaft: Angela Merkel, die beste deutsche Freundin der USA seit Konrad Adenauer, will den Bau des ersten großen LNG-Terminals in Deutschland finanziell unterstützen. Er soll vom deutschen

Staat mit 500 Millionen Euro über Kredite, Subventionen oder Verlustübernahmen gefördert werden. Man sucht schon Standorte: Stade an der Elbe und bei Brunsbüttel am Nord-Ostsee-Kanal wären möglich.

Auf dem US-Trittbrett wird es eng: Unklar ist, ob die französische und die deutsche Regierung gemeinsam Platz finden. Beide hoffen, dass die größte Militärmacht der Welt ihre Interessen vertritt. Aber das kostet: Nato-Steuer und jetzt auch noch Fracking-Gebühren. Und immer teurer wird auch der Medien-Apparat, der den jeweiligen Wählern das schauerliche Spiel als Demokratie verkauft.

Ukrinform.ua: **Der Kapitän der „Nord“ hat die Grenze der Ukraine nicht überquert**

Der Kapitän des festgenommenen russischen Schiffes "Nord" Vladimir Gorbenko hat die ukrainische Grenze nicht offiziell überschritten.

Dies erfuhr Ukrinform vom Assistenten des Vorsitzenden des Staatsgrenzdienstes, Oleg Slobodjan.

„Wir können im Moment behaupten, dass er weder die Verwaltungsgrenze mit der vorübergehend besetzten Krim noch die Grenze im Osten offiziell überschritten hat. Somit untersuchen wir jetzt die vorliegenden Informationen“, sagte Slobodjan.

Zur gleichen Zeit teilte eine Quelle aus den Strafverfolgungsbehörden Ukrinform gegenüber mit, dass Gorbenko höchstwahrscheinlich im Ergebnis der Tätigkeit der Sonderdienste der Russischen Föderation herausgeholt (aus der Ukraine, A.d.Ü.) wurde.

Zuvor hatten russische Medien berichtet, dass der Kapitän des festgesetzten russischen Schiffes „Nord“ Wladimir Gorbenko, der im Januar 2019 verschwunden war, auf die Krim zurückgekehrt sei.

Wie früher mitgeteilt. Berichteten seine Anwälte über das Verschwinden des Kapitäns des Schiffes „Nord“ Wladimir Gorbenko, der durch die ukrainische Behörden der illegalen Fischerei und die Verletzung der Ein- und Ausreiseregeln aus der Krim angeklagt ist. Sein Aufenthaltsort war seit dem 26. Januar unbekannt.

Rechtsanwalt Maxim Mogilnitski sagte, dass das Verschwinden seines Mandanten möglicherweise auf die ukrainischen Spezialdienste zurückzuführen sei. Der Sicherheitsdienst der Ukraine bestritt die Beteiligung am Verschwinden des Kapitäns der „Nord“. ...

de.sputniknews.com: **Russlands Vize-Außenminister: US-Sonderbeauftragter Volker ist „zu Gesprächig“**

Der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker, geht über sein Mandat hinaus, indem er die europäischen Länder auffordert, Sanktionen gegen das Gaspipelineprojekt Nord Stream 2 zu verhängen. Dies teilte der russische Vize-Außenminister Grigori Karassin am Montag mit.

„Der Sonderbeauftragte ist zu Gesprächig und ging mehrmals offen über seine Kompetenz hinaus“, sagte Karasin. Als Beispiel nannte er Volkers „Aufrufe an die europäischen Länder, die Unterstützung vom Nord Stream 2 aufzugeben und neue Sanktionen gegen Russland einzuführen. All dies passt nicht zur Logik der fairen Vermittlung, um Spannungen abzubauen.“

Gleichzeitig fügte der Vize-Außenminister hinzu, dass Russland trotz kritischer Bewertungen der Vermittlerrolle von Volker in Moskau „für eine konstruktive Zusammenarbeit mit den US-Kollegen bei einem so entscheidenden Thema wie die Lösung der Krise in der Ukraine auf Grundlage des Maßnahmenpakets zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015 offen ist“.

Nord Stream 2 ist das Projekt für eine weitere Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland, die auf dem Grund der Ostsee verlegt werden soll. Ihre Gesamtkapazität soll etwa 55 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr erreichen. Der Betriebsstart ist für Ende 2019

geplant. Ende November hatte Gazprom berichtet, bereits 300 Kilometer der neuen Gaspipeline gebaut zu haben.

Für Deutschland ist das Pipeline-Projekt besonders bedeutend, denn die Bundesregierung hat den Ausstieg aus Atom- und Kohlenkraftwerken bis 2038 beschlossen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32247/39/322473950.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Britischer Verteidigungsminister warnt Russland vor „hohem Preis für Provokationen“**

Russland muss für seine Provokationen einen Preis bezahlen, will der britische Verteidigungsminister Gavin Williamson laut Reuters am Montag in einer Rede erklären. Daher muss Großbritannien laut Williamson seine globale Präsenz stärken und „die Tödlichkeit der Waffen“ erhöhen.

Reuters verfügt über die Auszüge aus der Rede des Verteidigungsministers, die er am Montag in London lesen soll. „Der Brexit hat uns zu einem großen Moment in unserer Geschichte gebracht. Zu dem Moment, in dem wir unsere globale Präsenz stärken, die Tödlichkeit unserer Waffen erhöhen und unser Gewicht zunehmen lassen müssen“, heißt es in dem Text. Die Grenzen zwischen Frieden und Krieg seien verschwommen, und Großbritannien und seine Verbündeten müssten bereit sein, „harte Macht für die Bewahrung ihrer Interessen einzusetzen“, will Williamson zudem sagen.

Der Minister wird die engen militärischen Beziehungen Großbritanniens zu den USA betonen und die Forderung von US-Präsident Donald Trump an die Nato-Länder unterstützen, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, um die „russische Provokation“ besser bewältigen zu können. Als diese versteht er die „Annexion der Krim“, die angebliche Einmischung in die letzten US-Präsidentenwahlen und den vermeintlich von Russland begangenen Giftanschlag auf Sergej Skripal in Großbritannien. „Ähnliche Aktionen sollten einen hohen Preis für Russland haben“, will Williamson sagen.

Russland als Blitzableiter

Tatsächlich stehe Großbritannien heutzutage an vorderster Front im Informationskrieg gegen Russland, kommentierte der Politologe Wladimir Schapowalow gegenüber Sputnik. Seiner Meinung nach ist die eher erfolglose Brexit-Entwicklung einer der Hauptgründe für solche „Kampfansagen“.

„Jedes Mal, wenn die Brexit-Situation sich verschärft, werden im Informationsraum sofort neue Erklärungen an Russland abgegeben“, sagte Schapowalow. „In der Tat wird die antirussische Stimmung als eine Art Blitzableiter verwendet, der die öffentliche Meinung von den Misserfolgen der britischen Regierung in Bezug auf den Brexit in eine völlig andere

Richtung lenken soll“, fügte der Experte hinzu.

Die britische Premierministerin Theresa May will im Parlament spätestens am Mittwoch eine Erklärung über den Stand ihrer Verhandlungen mit der EU abgeben. Am Donnerstag soll über das weitere Vorgehen abgestimmt werden. Die Opposition wirft May zugleich vor, zynisch Zeit zu schinden.

Zuvor hatte der US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, die Verteidigungsausgaben Deutschlands in Höhe von 1,5 Prozent des BIP als ungenügend kritisiert. „Russland steht vor der Haustür“, sagte er gegenüber „Welt am Sonntag“. Man müsse die Allianz daher weiter stärken.

Dnr-online.ru: Der Vorsitzende der Regierung der DVR Alexandr Anantschenko gab eine Erklärung aus Anlass des 101. Jahrestags der Ausrufung der Donezko-Kriworoschkaja-Republik ab

Liebe Freunde!

Am 12. Februar 1918 wurde auf dem Territorium des Donezker Kohlebassins und des Kriworoschkij-Eisenerzbezirks die Donezko-Kriworoschkaja-Republik im Rahmen der Russischen Sowjetischen Föderativen Sozialistischen Republik ausgerufen. Ihr Gründer war Fjodor Andrejewitsch Sergejew (Artjom).

Im Februar 2015 hat der Volkssowjet der DVR die DVR zum Nachfolgestaat der Donezko-Kriworoschkaja-Republik erklärt. Wie im Jahr 1918 war einer der grundlegenden Ideen, die zum Fundament der Donezker Volksrepublik gehören, die Unabhängigkeit des Donbass. Ich bin überzeugt, dass die gegenseitig nutzbringende und gleichberechtigte Zusammenarbeit der DVR mit den Regionen, die einmal zur Donezko-Kriworoschkaja-Republik gehörten, eine reale politische und ökonomische Perspektive sind.

Wir sind unserem Bestreben, die Integration mit der RF fortzusetzen treu und sind ein Beispiel für all die, die einen gleichartigen Wunsch zum Ausdruck bringen“.

de.sputniknews.com: Ukrainische Grenzer wollen russische Wahlbeobachter nicht ins Land lassen

Der ukrainische Grenzdienst will laut seinem Sprecher Oleg Slobodjan keine russischen Beobachter zu der anstehenden Präsidentschaftswahl in der Ukraine zulassen.

„Was Beobachter anbelangt, arbeiten wir mit der Zentralen Wahlkommission und nach jenen Listen der akkreditierten Journalisten, die sie uns zur Verfügung stellt. Zudem wurde beschlossen, russische Beobachter nicht zu zulassen. Deswegen werden wir im Rahmen der geltenden Gesetzgebung handeln“, sagte Slobodjan am Montag gegenüber dem TV-Sender „Prjamoj“.

Indes bezeichnet der Kreml die Einschränkungen für russische Wahlbeobachter bei der anstehenden Präsidentschaftswahl in der Ukraine als unzulässig. Wie Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte, könne dies das Legitimitätsniveau der Wahl selbst senken.

Zuvor hatte die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) ein Gesetz verabschiedet, das Vertretern Russlands verbietet, als Beobachter bei der Präsidentschaftswahl in der Ukraine tätig zu sein.

Die Direktorin des OSZE-Büros für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Ingibjörg Gísladóttir, hatte diesen Beschluss als beispiellos bezeichnet. Er widerspreche den Verpflichtungen aller OSZE-Teilnehmerstaaten.

Laut der jüngsten Umfrage ist Schauspieler und Unterhalter Wladimir Selenski mit 21,9 Prozent Spitzenreiter im Ranking der Präsidentschaftskandidaten. Die Vorsitzende der Partei „Batkischtschina“, Julia Timoschenko, nimmt mit 19,2 Prozent von der Gesamtzahl der Befragten den zweiten Platz ein. Der jetzige Staatschef Petro Poroschenko liegt im Ranking nur an dritter Stelle – lediglich 14,8 Prozent aller Befragten seien bereit, ihn zu unterstützen. Insgesamt 44 Kandidaten hatten sich für die Präsidentschaftswahl in der Ukraine registrieren

lassen. Die Präsidentschaft in der Ukraine ist für den 31. März 2019 anberaumt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32362/01/323620137.jpg>

Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat ein Arbeitstreffen mit dem Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko durchgeführt, der den Fahrplan für die Versorgung der frontnahen Siedlungen Trudowskije und Alexandrowka (Petrowskij-Bezirk von Donezk) mit modernem Breitbandinternet vorstellte. In einer zweiten Etappe sollen die Städte Jenakiewo und Junokommunarowsk folgen.

„Gemäß dem Auftrag des Oberhauptes der DVR, der im Rahmen des „Direkten Drahts“ gegeben wurde, haben wir die Arbeit bezüglich Trudowskije und Alexandrowka bereits vollständig vorbereitet und begonnen. Dies für uns ein recht schwieriges Gebiet, und wir bemühen uns, Technologien zu verwenden, die es vorher nicht gab. Derzeit sind wir schon dabei die Faseroptikkabel zu legen, wir haben schon die ersten Abonnenten“, sagte Wiktor Jazenko.

Der Minister merkte an, dass in erster Linie sozial wichtige Objekte, vor allem Schulen, an das Breitbandinternet angeschlossen werden. Die Arbeit soll bis zum 1. Juni 2019 vollständig abgeschlossen sein. „Das ist ein ausschließlich soziales Projekt für die Menschen aus frontnahen Siedlungen, die Kosten für einen Anschluss betragen durchschnittlich 280 Rubel. Dies geschieht deshalb, damit die Technologien für jeden zugänglich sind, unabhängig vom Wohnort“, unterstrich Wiktor Jazenko.

Bis Ende September 2019 planen drei staatliche Unternehmen - „Komtel“, „Phönix“ und „Ugletelekom“ - Jenakiewo und Junokommunarowsk mit Breitbandinternet zu versorgen. „Derzeit werden bereits Faseroptikkabel verlegt. Die ersten Abonnenten werden im März dieses Jahres angeschlossen“, berichtete der Kommunikationsminister.

de.sputniknews.com: **„Unerhörte Einmischung“: Moskau zu US-Kontakt mit venezolanischen Militärs**

Der Chef der Lateinamerika-Abteilung beim Außenministerium Russlands, Alexander Schtschetinin, hat am Montag zu der Mitteilung der Agentur Reuters Stellung genommen, wonach die USA Kontakte mit dem venezolanischen Militär zwecks Änderung seiner Position in Bezug auf den jetzigen Präsidenten Nicolás Maduro unterhalten.

„Der direkte Appell eines fremden Staates an die Streitkräften eines anderen Landes, egal wie dem auch sei, mit dem Ziel, deren Position und an und für sich auch deren Eid zu verändern, ist eine absolut beispiellose Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates“, sagte Schtschetinin gegenüber Journalisten.

„Wir können nur annehmen, in welchen Kategorien unsere US-amerikanischen Partner zurzeit denken. Sie denken, dies gelte nur für sie selbst“, so der Diplomat.

Zuvor hatte die Agentur Reuters mitgeteilt, dass die USA in Kontakt mit den venezolanischen Streitkräften stünden und diese aufriefen, auf die Unterstützung des jetzigen Staatschefs Nicolás Maduro zu verzichten.

Die venezolanische Armee steht bislang fest hinter dem Präsidenten Maduro. Das Verteidigungsministerium Venezuelas hatte seine Unterstützung offiziell bestätigt, nachdem die USA und eine Reihe anderer Länder Guaidó als Interimsstaatschef anerkannt hatten. Die Aktivitäten der Opposition seien verbrecherisch und würden die Freiheit und Souveränität des Landes bedrohen, hieß es.

Zuvor hatte der Militärattaché an der venezolanischen Botschaft in Washington, Oberst José Luis Silva, sich von Maduro losgesagt und in den Dienst des selbst ernannten Interimspräsidenten Juan Guaidó gestellt. Silva forderte seine Kollegen auf, seinem Beispiel zu folgen. Das venezolanische Verteidigungsministerium verurteilte diese Handlung und bezeichnete Silva als Verräter. ...

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.02.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **21-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von neun Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Drapatyj das Gebiet der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk aus **Jasinowataja, Spartak, Trudowski** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje, Sachanka, Kominternowo** und **Oktjabrj** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Nach bei uns eingehenden Informationen sind **in den ukrainischen bewaffneten Formationen wieder nicht kampfbedingte Verluste** in der Folge „betrunkenere Streitereien“ unter den Kämpfern zu bemerken. In Netailowo, Jasinowataja-Bezirk, eröffnete der betrunkene Kämpfer aus der 1. Panzerbrigade Feldwebel Chimytsch, der vor kurzem vor kurzem in die 57. Panzergrenadierbrigade abgeordnet worden war, das Feuer auf seine neuen Trinkkumpane. In Folge des Vorfalls wurde ein Kämpfer aus der 57. Panzergrenadierbrigade getötet und ein weiterer verletzt. Der tobende Feldwebel Chimytsch konnte erst beruhigt und gefesselt werden, nachdem andere herangeeilte Kämpfer ihn ins Bein geschossen hatten. Die 57. Brigade befindet sich an der Spitze von allen militärischen Formationen in der Kampfzone, was die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste aufgrund von Alkoholismus betrifft. Vor zwei Tagen starb ein weiterer Kämpfer dieser Brigade im Krankenhaus von Krasnoarmejsk an Leberzirrhose.

In den Einheiten der 93. mechanisierten Brigade ist ein starkes Absinken des moralisch-psychischen Niveaus festzustellen. Die ukrainischen Kämpfer versuchen sich mit allen Mitteln vor der Erfüllung von Aufgaben im Frontbereich zu drücken. So ist in einer der Einheiten der Brigade, die Positionen im Gebiet von Werchnetorezkoje einnimmt, ein Fall von Selbstverletzung vorgekommen. Der ukrainische Kämpfer hat auf sich selbst geschossen, um sich im Krankenhaus ausruhen zu können.

Zum Abschluss will ich mich an das Kommando der ukrainischen Besatzungskräfte wenden, ergreifen Sie noch irgendwelche Maßnahmen zur Kontrolle über die Ihnen unterstellten Kämpfer? Wenn Sie nicht in der Lage sind, das zu tun, fangen Sie zu guter Letzt an, sie an ihren Positionen festzubinden, sonst wird bei Ihnen an der Front bald niemand mehr übrig sein, alle werden auseinanderlaufen. Gestern ist ein weiterer ukrainischer Kämpfer die unerträglichen Bedingungen, die seine Kommandeure für ihn geschaffen, leid geworden und befindet sich jetzt bei uns.

de.sputniknews.com: **Ukrainische Polizisten bekennen sich zu Stepan Bandera**

Ukrainische Polizisten haben bei Facebook einen Flashmob unter dem Motto „Ich bin Bandera“ gestartet, berichtet das Portal Strana.ua.

Die Aktion soll als Entschuldigung für die Worte eines ukrainischen Ordnungshüters betrachtet werden, der bei der Festnahme von Nationalisten vor dem Bezirkspolizeiamt Podolski in Kiew zu einem von ihnen schrie: „Hinlegen, Bandera!“.

Der Erste Stellvertreter des Chefs des Departements für Streifenpolizei, Alexej Biloschizki, schrieb auf seiner Facebook-Seite: „Ich bin Bandera! Ich bin Polizeioffizier! Ich diene dem ukrainischen Volk! Ich unterstütze nicht Aufrufe wie ‚Hinlegen, Bandera!‘.“

Der Chef der Nationalen Polizei, Sergej Knjasew, veröffentlichte im Netz ebenfalls entschuldigende Worte:

„Ich bitte um Verzeihung. Ich bin ebenfalls Bandera-Anhänger. Ruhm der Ukraine!“

Der Berater des Innenministers, Soran Schkirjak, hat eine Aufnahme von seinem Arbeitszimmer gepostet, wo ein Foto von Stepan Bandera ausgehängt ist.

Er versah das Posting mit folgendem Text:

„Ich bin ebenfalls Bandera-Anhänger und bin stolz darauf. Bandera ist mein Held.“

Am Samstag hatte es vor dem Polizeiamt eine gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Spezialkräften der Polizei und einer Gruppe von rechtsradikalen Aktivisten aus der Organisation „S14“ gegeben, die eingetroffen waren, um ihre zuvor festgenommenen Mitläufer zu unterstützen. Einer der Bereitschaftspolizisten schlug auf einen Nationalisten ein und schrie: „Hinlegen, Bandera!“

Stepan Bandera war einer der Anführer der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN) (in Russland verboten). Die OUN-Kämpfer richteten 1943, während des Zweiten Weltkrieges, das so genannte Massaker von Wolhynien an, um dieses okkupierte Gebiet von der polnischen Bevölkerung zu „säubern“. Nach unterschiedlichen Angaben sind damals 30.000 bis 100.000 Menschen bestialisch ermordet worden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32348/22/323482258.jpg>

mil-lnr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant

A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

Von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Garas die Gebiete von **Kalinowka** und **Losowoje** mit Antipanzerraketenkomplexen und Granatwerfern beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 60 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Das Besatzungskommando zieht aktiv kontrollierte Massenmedien zur Erstellung von Materialien in der Zone der Strafoperation heran, die die Verbrecher der ukrainischen Strafruppen gegen die Zivilbevölkerung des Donbass rechtfertigen und bei der Zivilbevölkerung der Ukraine ein negatives Verhältnis zu Volksmiliz und zur Führung der LVR insgesamt erzeugen sollen.

So sind im Verantwortungsbereich der 54. Brigade im Gebiet von Popasnaja Gruppen ukrainischer Journalisten eingetroffen. Hauptaufgabe der Vertreter der Massenmedien ist es, Informationen zu erstellen und zu verbreiten, um die Führung der Republik der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Wir schließen Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer nicht aus, die dazu dienen, den Journalisten „für die Bilder“ eine angebliche Erwiderung des Feuers von Seiten der Volksmiliz der LVR zu demonstrieren. In diesem Zusammenhang haben die Einheiten der Volksmiliz ein weiteres Mal die Anforderung erhalten, nicht auf Provokationen zu reagieren und das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen streng einzuhalten.

Nach Informationen von unseren Quellen im Stab der OOS wird im Stab der OOS infolge von unbedachter Ausführung von Anweisungen des Kommandeurs der OOS Najew zur Anhebung des kritisch niedrigen moralisch-psychischen Niveaus der Soldaten an der Front eine Ermittlung durch den Leiter des Pressedienstes dazu durchgeführt, dass in Massenmedien Videos veröffentlicht wurden, die Beschießungen von Ortschaften der LVR mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen demonstrieren.

Wir haben unwiderlegbare Beweise der Verletzungen der Minsker Vereinbarungen durch die ukrainische Seite. Diese Beweismittel sowie Videos, die in ukrainischen Massenmedien veröffentlicht wurden, werden beim nächsten Treffen in Minsk vorgelegt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der Republik übergeben, um sie dem Material zu den Strafsachen bezüglich eines Genozids am Volk des Donbass hinzuzufügen.

Wir wenden uns an das Kommando der OOS: Das Erteilen von Befehlen zum Beschuss von Ortschaften unserer Republik senkt nur Ihre ohnehin schon kritisch geringe Autorität unter den Soldaten.

Die Veröffentlichung solcher Verbrechen der ukrainischen Strafruppen diskreditiert die Arbeit der OSZE-Mission in der Ukraine und zeigt der Weltöffentlichkeit die „friedensliebenden“ Bestrebungen Kiews gegenüber den Einwohnern des Donbass.

In den letzten 24 Stunden sind nach unseren Informationen in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ zwei ukrainische Kämpfer getötet worden, als sie auf eine unbekannte Sprengeinrichtung gerieten, zwei weitere wurden verletzt.

Wenn man eine einfache Analyse der offiziellen Berichte des Stabs der Strafoperation durchführt, kann man den Schluss ziehen, dass das Niveau der nicht kampfbedingten Verluste in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte äußerst hoch ist, die ukrainischen Propagandisten versuchen dies auf erdachten Beschuss von Seiten der Republik „abzuschreiben“.

Infolge der unzureichenden Finanzierung und der Rückstände bei den Soldzahlungen **verkaufen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte weiter Waffen und Munition** sowohl an die örtliche Bevölkerung als auch außerhalb der Zone der Operation der vereinigten Kräfte. Im Gebiet von Artjomowsk wurden von Mitarbeitern des SBU zwei Soldaten der 54.

mechanisierten Brigade beim Versuch, drei Schusswaffen (SWD, AKM, RPK-74) zu verkaufen, festgenommen. Es wurde ein Strafverfahren eingeleitet, Ermittlungen laufen. Um einer strafrechtlichen Verantwortung zu entgehen und auch im Zusammenhang mit dem äußerst niedrigen moralisch-psychischen Niveau in den Truppenteilen und Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben die **Fälle zugenommen, dass ukrainische Soldaten auf die Seite der Volksrepubliken übergegangen sind.**

So hat das Personal einer der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der Zone der Strafoperation in der letzten Woche um einen Soldaten abgenommen, der auf unsere Seite übergang, da er die unerträglichen Dienstbedingungen nicht mehr ertrug. Sein Leben und seine Gesundheit sind in keiner Weise in Gefahr.

Die Volksmiliz der LVR lässt trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen in ihrer Wachsamkeit nicht nach und stellt die Frage der Sicherheit der Republik an erste Stelle.

Wir halten unsere Verpflichtungen zur Wiederherstellung von Frieden im Donbass streng ein, behalten uns dabei aber für den Fall grober Verletzungen der Vereinbarungen durch die ukrainische Seite das Recht auf erwidernde adäquate Maßnahmen vor.

Mit dem Personal der Einheiten werden ständig Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt, bei den die Soldaten ihre Kenntnisse und Fertigkeiten vervollkommen.

de.sputniknews.com: **Kiew erhebt Protest gegen Eröffnung von Donezk-Vertretung in Italien**

Die Ukraine hat eine Protestnote an das Außenministerium Italiens im Zusammenhang mit der Eröffnung „einer Vertretung der Donezker Volksrepublik (DVR)“ in Verona gerichtet. Das teilte der Pressedienst der ukrainischen Botschaft in Italien am Montag mit.

Wie ein Mitarbeiter des Pressedienstes des Außenministeriums der DVR zuvor mitgeteilt hatte, ist am 9. Februar im italienischen Verona das zweite Vertretungszentrum der DVR in Italien und das sechste solche Zentrum in Europa eingeweiht worden.

Vorsitzender dieses Zentrums wurde der Präsident des „Komitees für unabhängiges Veneto“ und stellvertretende Vorsitzende der Vereinigung „Veneto-Russland“, Palmarino Zoccatelli.

„Die Botschaft und das Außenministerium der Ukraine haben in diesem Zusammenhang politisch-diplomatische Antwortmaßnahmen eingeleitet. Es sind eine entsprechende Verbalnote an das Außenministerium Italiens und Anfragen an die Präfektur und die Questura von Verona gerichtet worden. Darin wird Protest gegen die anti-ukrainischen Provokationen erhoben, die auf die Untergrabung der gesamteuropäischen Position zugunsten der territorialen Integrität des ukrainischen Staates abzielen. Es wird zum juristischen Status dieser ‚Vertretung‘ ermittelt“, schrieb die ukrainische Botschaft auf ihrem Facebook-Account.

de.sputniknews.com: **USA und Polen verhandeln Stationierung von Panzerdivision – Russischer Botschafter**

Die USA und Polen erörtern laut dem russischen Botschafter in Polen, Sergej Andrejew, die Stationierung einer US-amerikanischen Panzerdivision in Polen.

„Dieses Thema wird schon seit einiger Zeit von den Behörden Polens und der USA besprochen. Soweit ich weiß, sind zu diesem Thema noch keine Entscheidungen getroffen worden“, sagte der Botschafter in einem Interview mit dem TV-Sender „Rossija 24“, danach befragt, in welcher Phase sich das Projekt befinde.

„Wahrscheinlich müssen wir abwarten, ob es eine solche Entscheidung geben und in welcher Form sie getroffen wird“, fügte er hinzu.

Russland betrachte die Zunahme der Nato-Präsenz an seinen Grenzen als Grund zur Besorgnis und könne nicht umhin, darauf zu reagieren, sagte der russische Botschafter weiter.

„Wenn diese Präsenz auch weiter zunimmt, wird dies nicht zur Entspannung zwischen uns beitragen und die Beziehungen nicht verbessern. Wir empfinden diese Kampagne selbst sowie

die Bemühungen, die militärische Präsenz an unseren Grenzen zu verstärken, natürlich als einen negativen Vorgang, der uns Anlass zur Besorgnis gibt, den wir unmöglich ohne Reaktion lassen können“, so Andrejew.

Zuvor war berichtet worden, Polen habe den USA vorgeschlagen, eine Panzerdivision auf ständiger Basis im Land zu stationieren. Für diesen Zweck sei Warschau bereit, 1,5 bis zwei Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Es soll sich um einen Vorschlag handeln, der nicht im Nato-Rahmen, sondern als Teil der bilateralen Beziehungen gemacht worden ist.

Daraufhin hatte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, erklärt, die Stationierung einer US-amerikanischen Militärbasis in Polen sei eine souveräne Entscheidung von Warschau, jedoch werde sie Gegenmaßnahmen vonseiten Russlands nach sich ziehen. Die Annäherung der Nato-Infrastruktur an die russische Grenze trage nicht zur Stabilität auf dem Kontinent bei, hieß es.

Lug-info.com: „Im Ergebnis einer Verletzung des Regimes der Feuereinstellung am 11. Februar 2019 4:20 Uhr durch die ukrainischen bewaffneten Formationen aus Richtung Solotoje-4 (Rodina) auf das Territorium der LVR im Gebiet von Solotoje-5 (Michajlowka) wurde die Schule Nr. 4 beschädigt“, teilte die Vertretung der LVR im GZKK mit. Der Beschuss erfolgte mit Schusswaffen des Kalibers 7,62mm Verletzte unter der Zivilbevölkerung gibt es nicht.

de.sputniknews.com: **China bezichtigt USA Verletzung seiner Souveränität**

Das chinesische Außenministerium hat am Montag laut seiner Sprecherin Hua Chunying erneut den USA einen Verstoß gegen seine Souveränität vorgeworfen, nachdem US-Kriegsschiffe ins Gewässer der umstrittenen Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer eingelaufen waren.

„Am 11. Februar sind zwei US-Kriegsschiffe ins Gewässer der umstrittenen Spratly-Inseln im Südchinesischen Meer eingelaufen Ein derartiges Vorgehen verletzt die Souveränität Chinas und gefährdet den Frieden und die Sicherheit“, sagte sie bei einem Pressegespräch. Ihr zufolge besitzt die chinesische Seite eine „unumstrittene Souveränität über die Spratly-Inseln und die umliegenden Gewässer“.

Peking, das das Prinzip der Navigations- und Flugfreiheit im Rahmen des Völkerrechts stets geachtet habe, trete gegen die Versuche jeglicher Staaten auf, die Souveränität und Sicherheit anderer Länder unter dem Vorwand, die Schifffahrt- und Luftfreiheit zu gewährleisten, zu gefährden.

„China ruft die USA auf, derartigen Provokationen ein Ende zu setzen und unsere Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der Stabilität im Südchinesischen Meer zu achten!“, betonte die Sprecherin abschließend.

China betrachtet die US-Militäraktivitäten in der Nähe seiner Küstenlinie äußerst argwöhnisch. So hatte Peking Anfang Januar den USA seinen Protest bekundet, nachdem der US-Raketenerstörer „McCampbell“ ins Gewässer um die umstrittenen Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer eingelaufen war.

Die ostasiatischen Länder China, Japan, Vietnam und die Philippinen stehen in Bezug auf die Seegrenzen und Verantwortungszonen im Süd- und Ostchinesischen Meer in Konflikt miteinander. Laut China nutzen Länder wie Vietnam und die Philippinen bewusst die Unterstützung der Vereinigten Staaten, um die Spannung in der Region anzuheizen.

Die USA sind der Ansicht, dass Peking künstliche Inseln baue, sie zu militärischen Objekten mache und seine Territorialgewässer durch künstlich gewonnenes Land erweitere, und pochen auf das Recht des freien Schiffsverkehrs in diesem Gebiet. China weist die US-Vorwürfe zurück.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32391/87/323918729.jpg>

de.sputniknews.com: ausende **Tonnen Getreide: Russland erwägt Humanitärhilfe für Nordkorea**

Russland behandelt jetzt das Thema unentgeltlicher Lieferungen von 50.000 Tonnen Weizen an Nordkorea auf dessen Bitte hin. Diese Hilfe soll die durch Naturkatastrophen verursachten Sachschäden minimieren.

Wie der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates (russisches Parlamentsoberhaus), Konstantin Kossatschow, am Montag bei einem Treffen mit dem nordkoreanischen Botschafter Kim Hyung Jun, sagte, befinde sich diese Frage jetzt bei den russischen Behörden in Bearbeitung.

Laut dem Parlamentarier setzt Russland seine humanitäre Unterstützung für Nordkorea im Rahmen internationaler Organisationen und der bilateralen Beziehungen fort. So habe Pjöngjang im vorigen und in diesem Jahr im Rahmen des Welternährungsprogramms für Nordkorea insgesamt acht Millionen US-Dollar erhalten.

„Diese Verpflichtungen werden in vollem Umfang eingehalten“, sagte der Parlamentarier. Er fügte hinzu, dass Russland an der Suche nach Finanzmitteln für ein Programm zur Bekämpfung der Kinder- und Müttersterblichkeit in Nordkorea beteiligt sei.

Weitere Gesprächsthemen bei dem Treffen mit dem nordkoreanischen Botschafter sind laut Kossatschow ein Projekt für den Eisenbahnverkehr zwischen den beiden Ländern und ein möglicher Einsatz von nordkoreanischen Bürgern in Russland.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31810/74/318107451.jpg>

de.sputniknews.com: **Russische Botschaft besorgt über „militaristische Töne“ aus London**

Die russische Botschaft in London reagiert mit Besorgnis auf das heutige Statement des britischen Verteidigungsminister Gavin Williamson, der Russland „Provokationen“ vorgeworfen und verlangt hatte, die „tödliche Schlagkraft“ der britischen Armee zu erhöhen. Williamson hatte am Montag gesagt, dass Großbritannien nach dem bevorstehenden Ausstieg aus der EU seine „globale Präsenz stärken“ und seine „tödliche Schlagkraft steigern“ solle. Darüber hinaus forderte er die Nato auf, ihre Ausgaben zu erhöhen, um auf „russische Provokationen“ besser zu reagieren.

„Aggressive Ausfälle“ des britischen Ministers gegen Russland seien schon zu einem Ritual geworden und dabei völlig realitätsfremd, kommentierte ein Sprecher der russischen Botschaft in London am Montag im Gespräch mit Sputnik.

„Uns beunruhigt der militaristische Ton des britischen Verteidigungsministers“, sagte der Sprecher. Er verwies darauf, dass sich aus Williamsons Statement kein Zusammenhang zwischen der Absicht, die „tödliche Schlagkraft“ der Streitkräfte zu steigern, und der Sicherheit Großbritanniens ergebe.

„Dort geht es darum, die britischen Interessen mit Waffengewalt in der Welt durchzusetzen.“ Hinter der Rhetorik des britischen Ministers über eine russische Bedrohung stecke der Wunsch, die eigene Bevölkerung von den Problemen des eigenen Landes abzulenken sowie eine Erhöhung des britischen Militäretats zu erwirken, der schon jetzt größer als der russische sei, sagte der Botschaftssprecher.